

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

## Morgen-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Groß-  
wald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg  
Heim. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens.  
Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

E. L. Berlin, 4. März 1892.

## Deutscher Reichstag.

187. Sitzung vom 4. März.

Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung  
um 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Etat des aus-  
wärtigen Amtes in Verbindung mit der zweiten  
Beratung des Gesetzentwurfs über die Ein-  
nahmen und Ausgaben der Schutzgebiete und der  
ersten und zweiten Beratung des von der  
Bundestammung neu vorgeschlagenen Ge-  
setzentwurfs, betreffend die Feststellung des Haus-  
haltsplans für die Schutzgebiete Kamerun, Togo  
und das südafrikanische Schutzgebiet.

Zu Tit. I der ordentlichen Ausgaben des  
auswärtigen Amtes „der Staatssekretär“ liegt  
folgender Antrag der Abg. Dr. Barth und  
Genossen vor: „Der Herr Reichskanzler zu er-  
suchen, zu veranlassen, daß bei dem gegenwärtigen  
friedlichen Einvernehmen mit den auswärtigen  
Mächten Verhandlungen eingeleitet werden, welche  
zum Zweck haben, durch Uebereinkunft von Staat  
zu Staat die Freiheit des Privateigentums zur  
See in Kriegzeiten zu einem vertragsmäßig an-  
erkannten Grundsatze des Völkerrechts zu erheben.“

Zum Eingange der Beratung berichtet der  
Referent Abg. Prinz Arenberg über die Ver-  
handlungen der Bundestammung bezüglich der  
bekannten Angelegenheit wegen Ausweisung des  
Reichstags-Korrespondenten Eugen Wolf aus  
Kamerun.

Abg. Dr. Baumbach (freis.) rechtfertigt  
alsdann den Antrag Barth unter Hinweis auf  
die dringende Notwendigkeit des internationalen  
Schutzes des Privateigentums auf die von  
England, Frankreich, Amerika u. für diesen Zweck  
gemachten folgerichtigen Anstrengungen. Diese An-  
strengungen seien deshalb notwendig, weil man  
immer noch nicht dahin gekommen sei, das Eigen-  
tum des friedlichen Völkers zur See zu respek-  
tieren, ein Grundsatz, der für den Landkrieg bereits  
durchgeführt sei. Man wisse er sehr wohl, daß  
bei Krieg zur See etwas anderes sei, als der  
Landkrieg. Verschiedene Staaten hätten eine Kon-  
vention wegen Abschaffung der Privatkaperie ab-  
geschlossen, der sich aber noch nicht alle Staaten,  
u. A. auch Spanien nicht, angeschlossen hätten.

Auf den Friedenskonferenz in Rom eingehend, be-  
merkt Referent, daß er nicht selber Plausibel sei,  
anzunehmen, es werde mit einem Male der Krieg  
aus der Welt geschafft werden können, aber eine  
historische Thatsache sei es, daß eine Reihe von  
wichtigen und ersten Differenzen durch interna-  
tionale Schiedsgerichte auf der Welt geschafft  
seien, u. z. die Karolinenfrage. Aber auch die  
bereinigten Staaten von Nordamerika hätten sich  
den Abmachungen nicht angeschlossen, nicht weil  
die Privatkaperie ausreicht erhalten wollten,  
sondern weil sie mit einzelnen Bestimmungen der  
Abmachungen nicht einverstanden seien. Er glaube  
nicht, daß man bei den beschäftigten Verhand-  
lungen auf erheblichen Widerstand des englischen  
Parlamentes stoßen würde, denn gerade England  
würde bei seinem ausgedehnten Handel gar nicht  
in der Lage sein, seine Handelschiffe zu schützen.

Schon im Norddeutschen Reichstage hatte der da-  
malige Abgeordnete Heubert dieselben  
Antrag gestellt, mit welchem sich im Prinzip der  
Minister Delbrück einverstanden erklärte. Heute  
liege die Sache ganz anders, als 1869, denn  
heute sei unsere Politik eine ausgeprägte Fried-  
enspolitik und diese sei ja auch die Tendenz des  
Reichstages. Er bitte den Herrn Reichskanzler,  
den Antrag, der ja auch von anderen Parteien  
unterstützt werden dürfte, wohlwollend zu be-  
trachten.

Reichskanzler Graf Caprivi: Der An-  
trag sei ein altes Postulat der Kaufmannschaft  
und er würde sehr gern auf denselben eingehen,  
ganz gleich, von welcher Seite derselbe komme,  
wenn er sich irgend einen Erfolg davon versprechen  
könnte. Dies sei aber leider nicht der Fall, er  
fürchte vielmehr, daß er der Sache dadurch schaden  
würde. Deshalb verspreche er sich von den  
Verhandlungen keinen Erfolg. Im Jahre 1866  
konnte Preußen das Privateigentum zur See  
schützen, im Jahre 1870 war jedoch dieser Schutz  
auch mehr durchzuführen, und er habe den Ein-  
druck, daß seit dieser Zeit die Richtung, welche  
dem Antrage entgegenstehe, noch stärker ge-  
worden sei. Auf dem Kongress in München, im  
Jahre 1882, an dem doch nur humane Männer  
Theil nahmen, sei der Schutz des Privateigen-  
tums zur See nur mit 10 gegen 7 Stimmen  
angenommen worden, es sei also auf diesem Kon-  
gress eine sehr starke Minderheit vertreten ge-  
wesen. In der Literatur, welche sich mit diesem  
Gegenstand beschäftigt, stehen die Deutschen al-  
lein in erster Linie, er habe aber den Eindruck,  
daß auch heute in der humanen Tendenz in der  
Hauptstadt Deutschlands stehen, während die Ver-  
treter anderer Staaten mehr nach entgegenge-  
setzter Richtung gehn. In der That aber hätten  
die realen Verhältnisse durch die Entwicklung der  
Kriegsführung sich wesentlich verändert und zwar  
zu Ungunsten des Privateigentums. Greifschad-  
en entstehen niemals über das Schicksal von  
Staaten, sondern erst die Folgen der Greifschad-  
en seien das Entscheidende. Er sei der Meinung,  
es könne die Feststellung des Handels das not-  
wendige Mittel des Krieges sein. Wer Krieg  
führe, wolle seine Zwecke erreichen und zwar mit  
allen Mitteln und dazu gehöre stets der Versuch,  
den Handel des Feindes zu zerstören. Dazu  
komme, daß die Stellung der verschiedenen Staa-  
ten zu dieser Frage eine ganz verschiedene sei.  
Es handle sich dabei nicht bloß um das Gut,  
sondern auch um das Schiff. Schritte eines  
Staats dazu, den Handel des anderen Staates  
zu unterdrücken, so begimme er damit, daß er  
die Küste des anderen Staates blockiere. Sei  
dann aber eine Blockade zur See etwas anderes,  
als was man im Landkriege thue? Allmählich habe  
man sich, da lange kein Seefriede geführt worden  
sei, eine falsche Vorstellung vom Seefriede ge-  
macht. Er glaube, daß ein von Kreuzern ge-  
führter Krieg ganz kolossale Resultate haben  
könne. Er verweise nur auf die Alabama. In  
einem einzigen Jahre hätten 363 nordamerika-  
nische Schiffe eine andere Flagge angenommen.  
Sei das etwa kein Verlust für den Handel Nor-  
damerikas gewesen? Er warne hierauf vor einer  
Entscheidung des Seefriedes. Heuteutage gebe  
es unter allen Flaggen schnellsegelnde Schiffe, die  
Handelschiffe seien den Kriegsschiffen in Bezug  
auf Geschwindigkeit fast immer überlegen. Alle  
Staaten seien deshalb darauf aus, sich im Kriege  
alle Handelschiffe dienstbar zu machen. Be-  
kannt sei ja auch, daß England eine freiwillige

Kreuzerflotte habe. Die Tendenz gehe also dahin,  
die Privatkaperie für den Kriegsfall zu benutzen.  
Aber glaube man, daß der Gegner es so weit  
kommen lasse? Nun, sein Bestreben werde darauf  
ausgehen, möglichst früh diese geenerischen Han-  
delschiffe zu zerstören. Es werde also schon des-  
halb nicht zu einer völligen Respektierung des  
friedlichen Privateigentums im Kriege kommen  
können. Er habe sich nur ausführen wollen, um  
zu zeigen, welche starken sachlichen Gründe dem  
Antrage Baumbach entgegenstünden, und daß er  
es für fruchtlos halten müsse, in Verhandlungen  
mit anderen Staaten darüber einzutreten.

Abg. Hartmann (kons.) stimmt zwar  
dem Grundgedanken des Antrages zu, wird  
aber nach den Ausführungen des Reichskanzlers  
gegen denselben stimmen. Er sei insofern Ge-  
genstand, als er vor allem Schutz des deutschen Handels  
wolle, und deshalb fordere er auch die Freistellung  
auf, zunächst die Kreuzer zu bewilligen.

Abg. Zeffen (natl.) beantragt lebhaft, daß  
diese schon seit langen Jahren angeregte Frage  
noch immer nicht ihre Regelung finden könne.  
Gründliche Schwierigkeiten könne das doch nicht  
machen, wenn nur alle betheiligten Regierungen  
den guten Willen hätten. Der Hinweis des  
Reichskanzlers auf die Verhältnisse bei der  
Blockade gehöre nicht hierher und beweise gegen  
die Respektierung des Privateigentums auf offener  
See nichts, weil es sich doch bei der Blockade um  
das Land und dessen Verteidigung handle. Es  
sei endlich an der Zeit, den berechtigten Uebelsünden  
einmal ein Ende zu machen.

Abg. v. Var (frs.) bemerkt, den Haupt-  
widerspruch habe bisher England geleistet. Aber  
seit 1866 hätten sich auch dort die Ansichten etwas  
geändert. Es verheißt sich von selbst, daß der  
freiständige Antrag gewisse Ausnahmen zulassen  
solle. Werde heute die Resolution abgelehnt, so  
werde damit ein Schritt zurückgethan, denn eine  
ähnliche Resolution sei schon früher einmal von  
dem Reichstage angenommen worden. Der  
Schaden, der den Gegnern durch die Festlegung  
des Privateigentums zur See heuteutage zu-  
gefügt werde, sei für die Kriegsführung auf dem  
Land und den schließlichen Ausgang des Krieges  
belanglos.

Abg. Dr. Drerker (Str.) hält die Tendenz  
des Antrages zwar für human, aber nach den  
Ausführungen des Reichskanzlers halte er es doch  
für richtiger, wenn der Antrag zurückgezogen  
würde. Sollten die Antragsteller auf denselben  
bestehen, so würden die Mehrheit seiner Freunde  
nicht in der Lage sein, denselben zuzustimmen.

Abg. Barth (freis.) legt dar, wie sich  
sowohl in Amerika wie in England eine humane  
Einstellung gebildet habe, welche auf Freistellung  
dieses alten Uebelsandes hinwende. Zu welchen  
Verwicklungen das Kaperwesen führe, habe ja  
gerade die Alabama-Affäre gezeigt. Gerade jetzt  
sei die denkbar günstigste Zeit zu einer inter-  
nationalen Vereinbarung über diese Frage. Alle  
Reichstags-Mitglieder ja auch mit ihren Sympathien  
auf Seiten des Antrages. Aber da ja doch schon  
von früher her, aus den Zeiten des norddeutschen  
Reichstages, eine dem Gedanken des Reichstages  
entsprechende Willenserklärung des Reichstages  
vorliege und da er es nicht für richtig halte,  
heute einen dem entgegengegesetzten Beschluß  
des Reichstages herbeizuführen, so wolle er für seine  
Person den Antrag zurückziehen.

Abg. Baumbach (freis.) schließt sich dem  
an und zieht den Antrag formell zurück.

Der Titel „Staatssekretär“ wird sodann be-  
willigt.

Auf eine Anfrage des Abg. Martz, ob  
dem Reichstage bereits eine Petition des aus  
Deutschsüdafrika ausgewiesenen Eugen Wolf zu-  
gegangen sei, bejaht der Abg. Hüfing.  
Die Petition liege der Petitions-Kommission  
vor.

Bei dem Kapitel „Gesandtschaften und Kon-  
sularbeamte“ äußert

Abg. Hamacher seine Genehmigung  
darauf, daß die Regierung in der Kommission  
Erwägungen über eine derartige Organisation des  
Konsularwesens zugehört habe, daß es möglich  
sei, Konsularbeamte möglichst lange auf einer für  
sie geeigneten Stelle zu halten ohne Schädigung  
ihres weiteren Fortkommens.

Staatssekretär v. Marschall erwidert,  
es sei schon jetzt Bestreben des auswärtigen  
Amtes, Konsularbeamte möglichst lange auf einer  
Stelle zu halten.

Abg. Hamacher meint, man solle doch  
die Thätigkeit der Konsularbeamten nicht über-  
schätzen, namentlich nicht ihre Thätigkeit im In-  
teresse des Handels.

Abg. Hamacher legt dem entgegen ge-  
rade der konsularischen Thätigkeit im Interesse  
des deutschen Handels Gewicht bei.

Abg. Samula (Str.) schließt sich dem an,  
wünscht aber für die Konsulate noch technische  
Beiträge.

Staatssekretär v. Marschall bemerkt,  
die Konsularbeamten seien angewiesen, die Interessen  
Deutschlands nach allen Richtungen hin zu ver-  
treten. Die Herren, die Handelskammern an-  
gehören, würden wissen, welch reiches Material für  
unsern Handel die Konsulate lieferten.

Abg. Hamacher bestätigt, daß gerade  
die Konsularbeamten für unseren Handel so gute  
Informations lieferten. Im allgemeinen t. ügen  
die Konsuln — wobei er nicht gerade von den  
deutschen sprechen wolle — ein gut Theil Schuld  
an den Spekulationen in ausländischen Papieren.  
Er sei kein Feind der Konsuln, die deutschen  
Konsuln seien ganz gut, aber man solle ihre  
Thätigkeit nicht zu hoch schätzen. Für die Infor-  
mation des Handels sei heute zu Tage die Presse  
wichtiger.

Abg. Samula vertut nochmals den ent-  
gegengegesetzten Standpunkt, hinzuweisend: wenn  
man den Konsulaten technische Beiträge gebe, so  
würde sich das durch den unseren Subjuren ge-  
wachsenen Nutzen reichlich bezahlt machen.

Staatssekretär v. Marschall erwidert  
dem Abg. Hamacher, er könne denselben viele  
Beispiele anführen, wo gerade der Konsul sehr  
wertvolle handelspolitische Mittheilungen zu  
vermitteln seien. Die von Samula gewinnlichen  
Beiträge jedoch halte er für nicht zweckmäßig.  
Es sei besser, daß die Konsuln in ihrer Thätig-  
keit völlig frei und unbeeinträchtigt seien.

Es folgt Abschnitt 11 (e) eine Fonds-  
Titel „zu geheimen Ausgaben 1/2 Million“  
(gegen nur 45,000 Mark im Vorjahre).

Abg. Richter erklärt, die Freistellung  
hätten den gemeinen Fonds niemals als eine  
Vertrauensfrage behandelt. Hier handle es sich

baher ebenfalls nur um eine Frage der graduellen  
Veränderlichkeit. Er erkläre, daß der Reichs-  
kanzler im Abgeordnetenhaus die Angelegenheit  
des Welfenfonds hiermit in Verbindung gebracht  
und erklärt, auf die bisherige Verwendung des  
Welfenfonds nicht verzichten zu können, bevor nicht  
der Regierung hier höhere Geheimnisse bewilligt  
würden. Freilich habe der Reichskanzler zugleich  
gemeint, er hoffe, man werde sich darüber einigen.  
Auch er (Redner) hoffe das. Denn richtig sei,  
daß alle anderen Staaten höhere Geheimnisse  
hätten. Aber die Erklärungen der Regierung in  
der Kommission über die Verwendung dieses  
Fonds hier seien ungenügend gewesen. Es sei  
nicht die Verleumdung abgegeben worden, daß aus  
diesem Fonds keine Ausgaben für innere Zwecke  
und offizielle Presse, weder die im In- noch die  
im Auslande, auch nicht an Telegraphenbureau  
erfolgen sollten. Er würde gern Alles thun, um  
endlich der Art der Verwendung des Welfenfonds  
ein Ende zu machen.

Reichskanzler Graf v. Caprivi erhebt  
sich zu der kurzen Erklärung: 1) vom 1. April  
1892 ab wird kein Welfenfonds aus dem Welfenfonds  
in das Auswärtige Amt mehr fließen; 2) es wird  
auch neben den 500,000 Mark, die hier gefordert  
sind, kein Welfenfonds mehr aus dem Welfenfonds  
noch sonst woher an das Auswärtige Amt ge-  
langt; 3) die Regierung ist ernstlich damit be-  
schäftigt, in nicht ferner Zeit eine anderweitige ge-  
setzliche Regelung der Verwendung des Welfen-  
fonds herbeizuführen.

Abg. Graf v. Ballestrem erklärt, er und  
der größte Theil seiner Freunde würden für den  
Estatitel stimmen, weil sie dies für richtig hielten.  
Ueber das, was der Reichskanzler betreffs des  
Welfenfonds gesagt, könne er keine Verleumdung  
ausdrücken und er hoffe, die Verwendung des  
Welfenfonds in Zukunft werde nicht nur nach den  
Wünschen des Volkes, sondern auch nach den  
ewigen Regeln der Gerechtigkeit erfolgen.

Abg. v. Deden (Welfe) geht auf die  
Angelegenheit des Welfenfonds näher ein, wird  
indessen vom Präsident v. Lepow unter-  
brochen, weil derartige Ausführungen nicht zum  
Etat des Auswärtigen Amtes gehören. Bravo rechts.  
Referent protestirt gegen diese Unterbrechung und  
erklärt, daß er die Absicht habe, den verworrenen  
Charakter des Welfenfonds zu beleuchten. (Prä-  
sident v. Lepow: Der Charakter des Welfen-  
fonds stehe mit der Reichsregierung in keiner Be-  
ziehung.) Der Redner fährt in seiner Aus-  
führung fort und wird vom Präsidenten ein drittes  
Mal unterbrochen. Er habe seine Zustimmung  
zur Erklärung abgegeben gemacht, so führt  
Referent fort, daß seine Partei mit diesem Ge-  
setze befaßt werden solle. Er lasse sich an  
der Erklärung des Staatssekretärs des Aus-  
wärtigen Amtes genügen und stimme für die Bewilligung  
der 500,000 M.

Abg. Richter erklärt, für ihn würde eine  
Sicherheitsfrage dann vorhanden sein, wenn das  
Gesetz über die Verwendung des Welfenfonds be-  
reits in der preussischen Gesammmlung ver-  
öffentlicht sei würde. Formell zu unterbreiten  
zwischen preussischen Geheimfonds und den Fonds  
des Reichs halte er für vogelfrei. Die  
Fonds, um die es sich handle, in Preußen  
und in Mecklenburg, griffen eng in einander und seien auch  
durch Personalunion der betr. Ministerien ver-  
bunden. Die Bewilligung dieses Fonds bedeute  
kein Vertrauensvotum, ebenso wenig wie die  
Nichtbewilligung ein Misstrauensvotum bedeute.  
Die jüngsten Vorgänge in der inneren Politik  
seien aber derartige, daß man misstrauen werden  
müsse, falls nicht bestimmte Aufklärungen er-  
scheinen. Er sei nicht in der Lage, für diese For-  
derung zu stimmen.

Abg. v. Bennigsen (nl.) Es handle  
sich hier lediglich um die Frage, ob die Summe  
von 500,000 M. für die geheimen Zwecke der  
auswärtigen Politik notwendig sei. Bejahe man  
das Bedürfnis, so müsse man die Summe be-  
willigen und dem Vorredner sei es nicht gelungen,  
den Nachweis zu führen, daß das Bedürfnis nicht  
vorliege. Namens seiner Freunde, besonders aus  
der Provinz Hannover, könne er erklären, daß  
die Erklärung des Reichskanzlers von ihnen mit  
großer Freude begrüßt worden sei. Der Reichs-  
kanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen  
seien durch ihre Erklärung formell und moralisch  
gebunden und wenn der Vorredner den etwaigen  
Nachschlag fürchte, so könne derselbe ja seiner  
Zeit dieselbe Erklärung abgeben werden. Er  
finde in den Ausführungen Richters keinen Grund,  
die Bewilligung zu verweigern und werde daher  
mit seinen Freunden für die Bewilligung  
stimmen.

Der Titel wird hierauf gegen die Stimmen  
der Freireinigen und Sozialdemokraten bewilligt.

Bei dem Titel „zur Unterhaltung deutscher  
Schulen im Auslande“ bemerkt

Abg. Siegle (natl.) die geringe Besol-  
dung der Lehrer.

Staatssekretär v. Marschall erklärt sich  
bereit, eine bessere Besoldung der Lehrer herbei-  
zuführen, falls der Reichstag die Mittel dazu be-  
willigt.

Bei dem Titel „Subvention für die zoolo-  
gische Station des Dr. Dohrn in Neapel“ weißt

Abg. Dr. Birchow (frs.) auf die große  
Bedeutung dieser Station für die Wissenschaft  
hin, betont insbesondere auch die Nothwendigkeit einer  
derartigen Station im adriatischen Meere.

Die Titel werden bewilligt.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonntag 11 Uhr.  
Tagesordnung: Römische Positionen des  
Etat des auswärtigen Amtes und Etat der Schutz-  
gebiete.

Schluß 5 Uhr.

## Deutschland.

□ Berlin, 4. März. Se. Majestät der  
Kaiser haben, wie der „Reichsanzeiger“ schreibt,  
den Minister des Innern beauftragt, der hiesigen  
Schugmannschaft für ihr befohlenes, umsichtiges  
und energisches Verhalten bei den in den letzten  
Tagen des vorigen Monats vorgekommenen  
Straßenunruhen Allerhöchst seine Anerkennung  
auszusprechen.

Ihre Majestät die Kaiserin haben bei dem  
letzten Feste im königlichen Schlosse Veranlassung,  
dem Bürgermeister Jelle ihre Bestrebungen mit-  
theilen, welche sich auf die Krankenpflege in  
bedürftigen Familien erstrecken und welche eine  
größere Ausdehnung und Wirksamkeit wie bisher  
bedeuten.

Nachdem die Kaiserin verhindert war, dem  
Kollisionsfeste bei den erbpriestlich meining'schen  
Herrschaften beizuwohnen, soll auf Wunsch der  
hohen Frau am 8. März eine Wiederholung des  
Festes im königl. Schlosse stattfinden.

Wie verlautet, soll Ihre Majestät die  
Kaiserin Friedrich beabsichtigen, im Frühjahr  
d. 3. eine Reise nach Italien zu machen und  
abstamm dem englischen Hofe einen Besuch abzu-  
statten.

Prinz Heinrich und Gemahlin gedenken am  
31. d. M. wieder nach Kiel zurückzukehren.  
Wie verlautet, liegt die Möglichkeit vor, daß  
die Verathung der sogenannten Ver. Heine (zur  
Bekämpfung der Unfruchtlichkeit) im Reichstag un-  
ter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgt, was  
noch nicht entschieden ist, so lange der Reichstag  
existirt. Die Petitionskommission hat sich näm-  
lich schon längst mit Petitionen beschäftigt, die  
dieselben heißen Fragen betreffen, und hat Ver-  
athung derselben im Plenum, aber unter Aus-  
schluß der Öffentlichkeit beantragt.

Wie der „Vossischen Zeitung“ aus Hamburg  
gemeldet wird, sollen in letzter Nacht drei Offi-  
ziere der Direktion verhaftet worden sein, weil  
sie Kontenbücher nach Westindien mitzunehmen  
versuchten. Es handelt sich um viele hunderttau-  
sende Patronen, zahlreiche Gewehre und Pulver.

— In der am 3. d. M. unter dem Vorsitz  
des Vizepräsidenten des Staatsministeriums,  
Staatssekretärs des Innern Dr. von Voetigier  
abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wur-  
den einige, vom Reichstag überwiesene Petitionen,  
ferner folgende neu eingegangene Vorlagen, die  
ausländischen Ausschüssen überwiesen: eine Vorlage,  
betreffend ausländische Prüfungszeugnisse von Hand-  
feuerwaffen, die Entwürfe von Bestimmungen  
über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter u.  
in Steinbrüchen, sowie in Zuckerfabriken und  
Kaffeeplantagen, endlich die allgemeine Regelung  
über den Reichshaushalt für 1888-89. Den  
Anträgen der Ausschüsse entsprechend, wurden die  
Vorarbeiten über die Beschäftigung von Arbeiter-  
innen und jugendlichen Arbeitern in Draht-  
ziehereien mit Wasserbetrieb, sowie in Glasfabri-  
ken, ferner die Änderungen der Ausführgesetz-  
bestimmungen zum Geleise über die Statistik des  
Warenverkehrs mit dem Auslande angenommen.

Die Ausschüsse, betreffend die schließliche  
Festlegung der Einnahmen an Zöllen und ge-  
meinschaftlichen Verbrauchssteuern, sowie der in  
Anrechnung zu bringenden Verwaltungsausgaben  
für das Etatsjahr 1888-89 wurden zum Ver-  
schluß erhoben. Ueber die Erledigung einer An-  
zahl von Eingaben auf dem Gebiete des Zoll-  
und Steuerwesens, sowie über die Erweiterung  
der Abfertigungsbestimmungen einiger Zoll- und  
Steuerstellen wurde Beschluß gefaßt. Die Ver-  
sammlung erklärte sich ferner damit einverstanden,  
daß kein gegenwärtiger deutscher Eisenbahn-Gil-  
dnerartikelschema ein Spezialtarif für bestimmte  
Schlagörter eingeführt werde, und genehmigte ge-  
wisse Abänderungen der Bestimmungen über die  
Verordnung von Kutschen auf den Eisenbahnen.

Schließlich wurde dem Uebernahmestellen mit den  
Vereinigten Staaten von Amerika, betreffend den  
gegenseitigen Schutz der Urheberrechte, die Zu-  
stimmung erteilt.

— Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ vernimmt,  
bereitet der Minister der geistlichen Angelegenheiten  
einen Gesetzentwurf vor, wonach die Gemein-  
den verpflichtet werden, zur Aufrechterhaltung der Ge-  
hälter der Lehrer höherer Schulen im Wesentlichen  
dieselbe zu leisten, was für Lehrer an Staats-  
anstalten vorgeesehen ist.

— Die freireinigen, nationalliberalen und  
freikonservativen Mitglieder der Volksschulgesetz-  
Kommission haben sich in der Frage der  
Organisation der Schulverwaltung und der Schul-  
behörden zu folgenden „Prinzipal-Anträgen“ vereinigt:  
1. Der dritte Abschnitt des Gesetzentwurfs  
ist unter Festhaltung des Grundgedankes der Dezen-  
tralisation auf folgender Grundlage umzuarbeiten:  
1. Trennung der Organisation in Bezug auf  
Stadt- und Landschulen, wobei die Kleinstädte  
dem Lande zuzurechnen sind und die Möglichkeit  
gegeben wird, größeren Landgemeinden die städtische  
Organisation zu verleihen. 2) Einheitliche Leitung  
aller Zweige der städtischen Schulverwaltung in  
einem Organe, in welchem nach dem Muster der  
Schuldeputation neben der Gemeinde auch die  
staatliche Schulinspektion, die Lehrerschaft und die  
Religionsgemeinschaften angemessen vertreten sind.  
Für die einzelnen oder eine Anzahl von Schulen  
können als Organe der Schuldeputation durch  
Statut besondere Schulvorstände (Schulkom-  
missionen) eingerichtet werden, in welchen auch  
die Lehrerschaft und die an der Leitung des  
Religionsunterrichts beteiligten Religionsge-  
sellschaften vertreten sind. 3) Für die Land- und Kleinstädte  
sind die Bestimmungen des Ent-  
wurfs mit folgenden Maßgaben beizubehalten.  
Den Vorsitz im Schulvorstande führt, soweit ihn  
der staatliche Schulinspektor nicht übernimmt,  
der Gemeindevorstand (Schulvorsteher, Schul-  
handvorsteher). Die dem Schulvorstande ange-  
hörenden Gemeindeglieder werden aus der Zahl  
der zu der Schule gewiesenen Hausväter von der  
Gemeinde gewählt. Die Kennzeichnung vom  
Verhalten der Lehrer und Lehrerinnen wird  
dem Schulvorstande überlassen. 4) Die Kreis-  
schulinspektoren sind stets aus der Reihe be-  
währter Fachmänner zu wählen. Wo eine Lokal-  
Schulinspektion eingerichtet wird, ist bei der Be-  
setzung zunächst gleichfalls die pädagogische  
Fachkenntnis zu berücksichtigen. Für Vertretungs-  
schulen ist die Lokalinspektion regelmäßig den  
Lehrern (Hauptlehrern) zu übertragen. 11. Mit  
der Umänderung des dritten Abschnitts ist eine  
Subkommission zu betrauen und die Weiterbera-  
thung des vierten Abschnitts so einzurichten,  
daß der Subkommission ausreichende Zeit für die  
Erledigung des Auftrages verbleibt.

— Die Nachrichten über Dr. Finsch werden  
immer erkranklicher. Man schreibt der „Post“  
unter dem 26. v. M. aus Kairo:  
Ganz seinem eigentlichen Wesen gemäß ver-  
suchte Finsch am 21. Februar, da ihm eine  
Lungenkrankheit nicht gleich bewilligt  
wurde, diesem bei einer Anfuhr ein schriftliches  
Gesuch zu überreichen. Der naive „Ungläubige“  
wurde aber durch zwei handfeste Leinwände  
daran verhindert und erhielt obendrein eine voll-  
ständige Tracht Prügel, wurde festgenommen und  
erst, nachdem man sich gründlich überzeugt hatte,  
daß er kein Staatsverbrecher war, nach drei  
Stunden freigelassen. Wie aber kein Wind so  
schlimm ist, daß er nicht was Gutes mit sich  
bringt, hatte Finsch auf Kosten seines Rückens

es wenigstens erreicht, daß man auf ihn aufmerk-  
sam wurde, und erst nach Definition seines Selbst-  
theils ist es ihm endlich gelungen, eine Audienz  
zu erwirken, die allerdings erst auf den 1. März  
angesezt ist. An einer Gewährung seiner Bitte,  
Sudanese anwerben zu dürfen, wird aber nicht  
gezwweifelt, da die geopferten zehn Pfund-Noten  
auch fürsprecher sind. Finsch selbst behauptet,  
daß an seinem Unternehmen die englische ostafri-  
kanische Gesellschaft theilhaftig sei. Finsch will  
am 4. März über Port Said nach London.

Ueber die Route, welche die Expedition einschlagen  
wird, erfährt ich Folgendes: Bombaja, nicht Ma-  
linde, ist der Ausgangspunkt. Dann geht sie über  
Ufer-Magiamani längs der englisch-deutschen Grenze  
nach Rummo (am Victoria). Die Expedition  
wird dann zu Wasser und zu Lande (mit Um-  
gehung der Ripon-Fälle) in gleicher Höhe den  
Victoria-Nil entlang über den Gitanje und  
Kopia-See nach Mungu (am Albert-Nil) weitergeführt.  
Außer vielen anderen Beför-  
derungsmitteln will Dr. Finsch eine für Holz-  
feuerung eingerichtete, zerlegbare, nachgehende  
Dampfmotorkraft mit Schaufelruder mitnehmen und  
hofft damit schwierige Stellen, als die Karima-  
und Murchisonfälle, passiren zu können. Finsch's  
Ziel ist die Gewinnung Emins oder seiner Pro-  
vinz für englische Interessen. Finsch hat das  
selber offen zugegeben. Wie weit die Ab-  
machungen mit der englischen Ost-Afrika-Gesell-  
schaft gehen, war leider nicht zu ermitteln.

— Aus München schreibt man der „Nat.-  
Ztg.“: „Die Ernennung des Ministerialraths Dr.  
v. Auer zum Vizepräsidenten des Reichstages  
an Stelle des verstorbenen früheren Ministers v.  
Braun wird bei den bayerischen Ultramontanen  
vorwiegend böses Blut machen. Als Minister  
Inhaber dieses Postens war nämlich von ihrer  
Seite der bisherige Regierungsdirektor Graf  
Fugger-Kirchberg-Weichenborn einmüthig bezeugt  
worden. Graf Fugger hat früher als ausge-  
sprochener ultramontaner Politiker der Münchener  
Abgeordnetenversammlung und zeitweilig auch dem  
deutschen Reichstag angehört; dem amtlichen  
Ränge nach wäre der Speyerer Regierungs-  
direktor jetzt wohl zum Nachfolger im dortigen  
Regierungspräsidium berufen gewesen; aber das  
Ministerium im Graubühl-Müller scheint doch Be-  
denken getragen zu haben, eine überwiegend edo-  
gische Bevölkerung — nebenbei bemerkt: mit  
ausschließlich nationalliberalen Landtags- und  
Reichstagsvertretung — einem erklärten Ultra-  
montanen an oberster Verwaltungsspitze anzuver-  
trauen. Zur Abwendung konfessioneller Kontro-  
versen hat übrigens bemerkt werden, daß sowohl  
der verstorbenen Regierungspräsident v. Braun,  
wie sein Vorgänger, der nachherige Minister  
des Innern und jetzige oberbayerische Regierungs-  
präsident Hr. v. Pfeifer, einer katholischen  
Familie entstammten; auch bei Herrn Dr. v.  
Auer dürfte das Gleiche der Fall sein. Den  
inneren Frieden eines paritätischen Bundes durch  
Einführung ultramontaner Oberbeamten zu fördern,  
erscheint demnach die bayerische Staatsregierung  
trotz der jetzigen „Zerläufe“ noch immer nicht  
bereit zu sein.“

— Aus München schreibt man der „Nat.-  
Ztg.“: „Die Ernennung des Ministerialraths Dr.  
v. Auer zum Vizepräsidenten des Reichstages  
an Stelle des verstorbenen früheren Ministers v.  
Braun wird bei den bayerischen Ultramontanen  
vorwiegend böses Blut machen. Als Minister  
Inhaber dieses Postens war nämlich von ihrer  
Seite der bisherige Regierungsdirektor Graf  
Fugger-Kirchberg-Weichenborn einmüthig bezeugt  
worden. Graf Fugger hat früher als ausge-  
sprochener ultramontaner Politiker der Münchener  
Abgeordnetenversammlung und zeitweilig auch dem  
deutschen Reichstag angehört; dem amtlichen  
Ränge nach wäre der Speyerer Regierungs-  
direktor jetzt wohl zum Nachfolger im dortigen  
Regierungspräsidium berufen gewesen; aber das  
Ministerium im Graubühl-Müller scheint doch Be-  
denken getragen zu haben, eine überwiegend edo-  
gische Bevölkerung — nebenbei bemerkt: mit  
ausschließlich nationalliberalen Landtags- und  
Reichstagsvertretung — einem erklärten Ultra-  
montanen an oberster Verwaltungsspitze anzuver-  
trauen. Zur Abwendung konfessioneller Kontro-  
versen hat übrigens bemerkt werden, daß sowohl  
der verstorbenen Regierungspräsident v. Braun,  
wie sein Vorgänger, der nachherige Minister  
des Innern und jetzige oberbayerische Regierungs-  
präsident Hr. v. Pfeifer, einer katholischen  
Familie entstammten; auch bei Herrn Dr. v.  
Auer dürfte das Gleiche der Fall sein. Den  
inneren Frieden eines paritätischen Bundes durch  
Einführung ultramontaner Oberbeamten zu fördern,  
erscheint demnach die bayerische Staatsregierung  
trotz der jetzigen „Zerläufe“ noch immer nicht  
bereit zu sein.“

— Aus München schreibt man der „Nat.-  
Ztg.“: „Die Ernennung des Ministerialraths Dr.  
v. Auer zum Vizepräsidenten des Reichstages  
an Stelle des verstorbenen früheren Ministers v.  
Braun wird bei den bayerischen Ultramontanen  
vorwiegend böses Blut machen. Als Minister  
Inhaber dieses Postens war nämlich von ihrer  
Seite der bisherige Regierungsdirektor Graf  
Fugger-Kirchberg-Weichenborn einmüthig bezeugt  
worden. Graf Fugger hat früher als ausge-  
sprochener ultramontaner Politiker der Münchener  
Abgeordnetenversammlung und zeitweilig auch dem  
deutschen Reichstag angehört; dem amtlichen  
Ränge nach wäre der Speyerer Regierungs-  
direktor jetzt wohl zum Nachfolger im dortigen  
Regierungspräsidium berufen gewesen; aber das  
Ministerium im Graubühl-Müller scheint doch Be-  
denken getragen zu haben, eine überwiegend edo-  
gische Bevölkerung — nebenbei bemerkt: mit  
ausschließlich nationalliberalen Landtags- und  
Reichstagsvertretung — einem erklärten Ultra-  
montanen an oberster Verwaltungsspitze anzuver-  
trauen. Zur Abwendung konfessioneller Kontro-  
versen hat übrigens bemerkt werden, daß sowohl  
der verstorbenen Regierungspräsident v. Braun,  
wie sein Vorgänger, der nachherige Minister  
des Innern und jetzige oberbayerische Regierungs-  
präsident Hr. v. Pfeifer, einer katholischen  
Familie entstammten; auch bei Herrn Dr. v.  
Auer dürfte das Gleiche der Fall sein. Den  
inneren Frieden eines paritätischen Bundes durch  
Einführung ultramontaner Oberbeamten zu fördern,  
erscheint demnach die bayerische Staatsregierung  
trotz der jetzigen „Zerläufe“ noch immer nicht  
bereit zu sein.“

— Aus München schreibt man der „Nat.-  
Ztg.“: „Die Ernennung des Ministerialraths Dr.  
v. Auer zum Vizepräsidenten des Reichstages  
an Stelle des verstorbenen früheren Ministers v.  
Braun wird bei den bayerischen Ultramontanen  
vorwiegend böses Blut machen. Als Minister  
Inhaber dieses Postens war nämlich von ihrer  
Seite der bisherige Regierungsdirektor Graf  
Fugger-Kirchberg-Weichenborn einmüthig bezeugt  
worden. Graf Fugger hat früher als ausge-  
sprochener ultramontaner Politiker der Münchener  
Abgeordnetenversammlung und zeitweilig auch dem  
deutschen Reichstag angehört; dem amtlichen  
Ränge nach wäre der Speyerer Regierungs-  
direktor jetzt wohl zum Nachfolger im dortigen  
Regierungspräsidium berufen gewesen; aber das  
Ministerium im Graubühl-Müller scheint doch Be-  
denken getragen zu haben, eine überwiegend edo-  
gische Bevölkerung — nebenbei bemerkt: mit  
ausschließlich nationalliberalen Landtags- und  
Reichstagsvertretung — einem erklärten Ultra-  
montanen an oberster Verwaltungsspitze an







## Marcella Grace

von R. M. H. L. and.

Autorsirte Uebersetzung von Euseb Koch.

68

Stettin, den 3. März 1892.

„Ich fand Sie eines Morgens auf dem Wege hierher,“ sagte Marcella. „Ich sah, daß Sie ein Fremder waren, welchen ich aus dem Grunde der Reise hierher, nämlich der Krankheit wegen, das Fieber hat in dieser Gegend aus gewöhnt. Sie waren in hohem Grade davon befallen.“

Er beobachtete sie die ganze Zeit über, während sie sprach, auf das Mitleidliche; als sie jedoch den Mund auf that, athmete er erleichtert auf.

„Ja, ich bin hier fremd,“ sagte er. „Ich leugne meine Reisen zu einer Erholungsreise durch diesen Landstrich. Ich bin in Dublin in einem Bureau angestellt und habe nicht oft einige freie Tage. Ich hatte einen Tagelohn gelöst und trug ein Gewehr bei mir, was ich aus demselben Gewerbe.“

„Ich glaube, ich sah ein solches in ihrer Nähe stehen, aber ich war um Sie beschäftigt und vergaß deshalb, mich darum zu kümmern. Später fand ich jemand aus, um es zu suchen, doch es war nirgend aufzufinden; es muß gelassen worden sein. Hoffentlich war es nicht besonders werthvoll.“

„Mir war es sehr viel werth. Doch ich bin froh, mit dem Leben davon gekommen zu sein. Dieses ist wohl das Hospital, von dem ich

sprechen hörte, und welches von Jean Kilmore hergerichtet wurde? Das war eine ausgezeichnete Idee. Wenn es nicht bestanden hätte, wäre ich jetzt todt.“

Nach einer kleinen Pause fügte er hinzu:

„Sind Sie eine der Pflegerinnen?“

„Ja.“

„Sie sehen jedoch wie eine Lady aus.“

„Ich bin Jean Kilmore.“

„O, Sie scherzen mit mir. Sie wird sich selbst der Gefahr der Aussetzung aussetzen! Das thut die vornehmen Damen nicht, wenn es es verhindern können.“

Er wandte ungeduldig den Kopf ab, als gefühlte es ihm nicht, daß Marcella mit ihm ihren Schmerz theile. Sie ordnete ohne ein weiteres Wort seine Kissen und legte sich dann in einiger Entfernung von ihm wieder mit ihrer Arbeit nieder.

Eine Zeit lang wagte sie kaum aufblicken oder frei zu athmen, aus Furcht, sie könne ihre Befriedigung verrathen. Sie wußte, daß sie einen Vortheil gewonnen hatte. Er glaubte, sie habe ihn nicht erkannt, er sei sicher und unbeargüßigt und könne ohne Gefahr der Entdeckung seiner Geneigtheit hier entgegengehen. In dieser Annahme wußte sie ihn auch fern-rhin bestärken.

Er durfte ihre Pflege und aufopfernde Pflege nur ihrer allgemeinen Menschenliebe zuschreiben. Die Worte der Schrift: „Thue wohl denen, die dich hassen!“ fanden zum ersten Male in ihrer vollen Bedeutung vor ihren geistigen Augen.

Sie wollte Barmherzigkeit üben, vergessen, wer er war.

Inzwischen war ein ganz anderes Empfinden, als daß in das Herz ihres Kindes ein. Das wohlthuende Gefühl vollkommener Sicherheit erfüllte ihn mit heiterer Ruhe. Deshalb sollte er auch eine Entdeckung fürchten?

In der Aufregung während der Verhandlung hatte sie wahrscheinlich kaum gesehen, was an sie her vorging. Außerdem war sein Bart damals rasirt und sein Haar kurz geschnitten gewesen. Jetzt war es lang, sein Bart war gewachsen. In jener Nacht aber, wo er ihr in jenem Hause die Drohung überbrachte, hatte er sein Gesicht vollkommen unkenntlich gemacht. An ihrem Wesen sah er, daß sie nicht das geringste Mißtrauen gegen ihn hegte. Mit all' ihrem Muth und sie war eine der Tapfersten — wäre es ihr nicht möglich gewesen, so vollkommen jedes Zeichen von Furcht und Aufregung zu verbergen, glaubte er.

Die Polizei wäre dann schon längst an seinem Bett gewesen, und das Gericht würde ihn haben beobachten lassen, wegen sich jetzt Niemand kümmerte, als sie allein. War es nicht wirklich, wie die Leute von ihr sagten, daß ihr ihr trauriges Herz mit Thänen der Barmherzigkeit in Trösten suchte? Er hatte wiederholt gehört, daß es Frauen in der Welt gäbe, welche, wenn ihr eigenes Herz gebrochen war, nur das Leben zu ertragen vermögen, indem sie Anderen ihr zerbrochenes Herz beilehen, die in Noth und Bedrängniß sind.

Der Fremde war kein ungebildeter Mann und wäre, wenn er nicht einige Jugendentheuren begangen vielleicht nie ein Verbrecher geworden;

trodem überlieferte ihm diese Wahrnehmung, welche ihm mit jedem Glanze auf Marcella mehr zur Gewissheit und verständlicher wurde. Er begann eine besondere Freude darüber zu empfinden, wenn sie neben ihm lag, eine Freude, welche er seit langen Jahren nicht mehr gekannt. Er hatte keinen Grund, sie zu hassen, obgleich er ihr Muthverrath, auch Missethaten, nicht, daß sie die Nacht bestie, ihm Unannehmlichkeiten zu bereiten. Er hatte in der Gefahr geschwebt, doch diese war jetzt vorüber. Bald würde er kräftig genug sein, um aufzustehen und zu gehen, wohin es ihm beliebte.

Jetzt hatte er jedoch noch kein Verlangen, von hier aufzubrechen. Er wollte das Vergnügen, von diesen gütigen Händen gepflegt zu werden, noch eine Zeit lang genießen. Für seine eigene Sicherheit, sowie für diejenigen, welchen er diente, war es wünschenswerth, daß er das Krankenlager nicht zu früh verließ. Er bat Marcella, daß sie ihm vorlese, damit er ihre Stimme höre. Er strebte danach, jede Aufmerksamkeit zu erhalten, welche sich mit seiner Krankheit entschuldigen ließ. Wie wieder in seinem Leben winkte ihm ein solches Glück, wie er es hier genoss, und er stellte sich an demselben erfreuen, soviel nur in seiner Gewalt lag. Er schenkte dem, was sie las, nur wenig Aufmerksamkeit, sondern hing während dessen träumerischen Visionen nach, wie guter Menschen Leben wohl sein müsse, wenn sie solche Frauen haben, die zu lieben und für sie zu sorgen.

Marcella sah, während sie ihre Aufgabe erfüllte, daß er mit jedem Tage kräftiger wurde, und in demselben Maße wuchs in ihr die Furcht vor jener Stunde, in welcher er fähig sein würde, sie zu verlassen. Ihr Traum, sein Herz und sein Gewissen zu rühren, begann zu schwinden. Konnte sie von einem Manne, wie dieser, erwarten, daß er sich selbst angebe, daß er die Gesellschaft, deren Mitglied er war, verlasse, solange er noch das Leben vor sich hatte? Würde er wirklich vollständig genesen, und hatte der Arzt sich getäuscht, welcher gesagt, der Tod stünde ihm mit Sicherheit in nächster Zeit bevor? Sollte sie wirklich geneigt sein, ihn den Händen der Justiz zu überliefern, nachdem sie ihn gereinigt, geheilt und gepflegt hatte? Es beschlich sie eine unbeschreibliche Furcht, daß sie vom ersten Moment an in dieser Sache falsch gehandelt habe, daß sie ihre Meinung von seiner Identität hätte öffentlich erklären müssen, so lange er noch zu krank war, um sich zu wehren, daß sie sofort die Polizei hätte an sein Lager berufen müssen. Er hätte ja in diesem Falle sein in der Vergangenheit abgegebenes Zeugniß wiederholt, aber ihre Aussage bezüglich seines nächsten Lebens und seines gegen sie geplanten Mordanschlages, würde doch beweisen haben, daß die geborne Gesellschaft tatsächlich Kilmore's Feind und er das Opfer eines Komplotts war.

(Fortsetzung folgt.)

**Seiden-Bengaline** (schwarze, weiße u. farbige) Mt. 1.85 bis 11.65 — glatt, gezeichnet u. gemustert — (ca. 32 Verich. Qual.) verleiht robusten und fülligen Stoffe und solltet das Reib-Depot **G. Henneberg** (R. u. R. Hofier.) Zürich. Muster umgehend. Doppelpost Briefporto nach der Schweiz.

**Garantie-Seidenstoffe**  
direkt aus der Fabrik  
von **von C. Henckes, Greifeld**,  
als aus erster Hand in jedem Stück zu beziehen.  
Schwarze, farbige, schwarz-weiße und weiße  
Seidenstoffe, glatt und gemustert, schwarze und  
farbige Sammete u. zu billigen Fabrikpreisen. Man verlange  
Muster mit Angabe des Gewünschten.

Der heutigen Nummer unseres  
Blattes liegt für die hiesigen Abonnenten  
die heutige Nummer des **Stettiner  
Vermittlungs-Anzeigers** bei

Stettin, den 3. März 1892.

**Bekanntmachung.**  
Unter den Kurfürstenthor 5 und Bogislavstraße 37  
in Stellung befindlichen Pferde des kaiserlichen **Strä-  
wing** ist die **Wohlfahrt** ausgedrückt, was hier-  
durch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.  
Königliche Polizei-Direktion.  
Graf Stolberg.

Stettin, 25. April 1891.

**Stettiner Stadt-Anleihe.**  
Die 4. Ausgabe der 3 1/2 % Stettiner Stadt-Anleihe-  
schein Nr. 1. wird von unserer Kassenkasse bis auf  
Weiteres zum Kurse von 96 Mark 50 Pf. verkauft.  
Der Magistrat.

**A. D. C.**

Sonnabend:

**Burschenschaftsabend**  
bei **Bohlmann.**

## Concert

zum Besten der inneren Mission, besonders für das  
neu gegründete Mädchenheim des **Christlichen  
Sonntags-Vereins junger Mädchen.**

**Sonnabend, den 12. März,**  
Abends 7 1/2 Uhr  
in der Aula des Marienstifts-Gymnasiums, aus-  
geführt von **Frl. Hedwig Wilmach** mit ihren  
geschulten Sängern, unter gütiger Mitwirkung  
einer geschätzten Dilettantin (Klavier).

**Das Comité.**  
Franz General-Superintendent **Poetter**, Frau **E.  
Sternberg**, Fräulein **Heegewaldt**, Herr  
Pastor **Thimm**.

**Wickets a 1 Mk.** in der Musikalienhandlung  
des Herrn **Simon** und bei Herrn **Saran**, H.  
Domstr. 1.

**50,000 Liter Wasser!**  
41546 Liter sind gestiegen. Also 1/2 des Berges  
überstiegen. Wir hoffen, daß für das letzte Fünftel sich  
man auch noch liebe Wasserträger finden werden!  
**F. v. Rodelschwingh**, Pastor.

Ein Lehrer, evang., für alle und neue  
Sprache (auch Elementar-Gegenstände), sucht  
bald unter bescheidenen Ansprüchen

**Hauslehrerstelle.**  
Adressen werden erbeten an **Dr. Z., Steinh.  
Turnerstr. 37, part. I.**

**Stettiner Handwerker-Verein.**  
Morgen, Sonntag, den 6. d. M., Abends 6 1/2 Uhr,  
im Saale des Herrn **Fritz Reike:**

**Theater-Vorstellung.**  
Nach derselben

**Kränzchen.**  
Entree für Fremde 50 Pf.

Der Vorstand.

**Verein ehemaliger  
Grenadiere.**  
Am Sonnabend, den 5. März,  
Abends 8 1/2 Uhr findet unser  
**Maschinenball**  
bei Herrn **Kempfert** statt.  
Eintrittspreise für Mitglieder frei,  
für eingeschriebene Herren 1 Mk., Damen  
50 Pf. sind bei dem Vorstehenden  
Friedrichstr. 5, 4. Etz. zu haben.  
NB. Am 6. März, Nachm. von 4 1/2—5 1/2 Uhr bei  
**Penningsfeld**, Wickenallee: Entgegennahme der  
Beiträge; punkt um 5 1/2 Uhr Eröffnung der Monats-  
Versammlung.

## Brauer-Academie zu Worms.

Programme für den nächsten Kursus zu erhalten durch den

Direktor **Dr. Schneider.**

**Möbel, Spiegel und Polsterwaaren**  
empfehlen in größter Auswahl zu ausnahmsweise billigen Preisen.  
Auch Theilzahlung gestattet.  
**Max Borchardt,**  
Beutlerstrasse 14—18, I., II. u. III.

**Garantirt, nur reine Naturbutter.**  
**Feinste Tischbutter**

**M. 1.00 und 1.10,**

**Große, frische pommersche Landeier**

**a Mdl. 0.75,**

**hochfeinen vollsaftigen Schweizerkäse**

**Pfund 0.60,**

**Vorzüglichen echten Holländer,**

**delikatsten alten Limburger**

**und fetten, haltbaren Hof-Sahnen-Käse,**

**sowie sehr schöne, pikante Harzer Käse**

empfehlen

**Otto Gottschalk,**

Neuer Markt 8.

Stettiner

## Consum- u. Spar-Verein.

eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Die erste diesjährige ordentliche General-Versammlung findet am **Sonnabend, den 12. März** er.,  
Abends 8 Uhr im großen Saale des **Vorkunstabes**  
hier statt.

Tagesordnung

1. Geschäftsbericht.
2. Bericht des Aufsichtsrathes über die Revision der Bilanz, sowie Antrag auf Vertheilung des Reingewinnes aus dem 2. Halbjahr 1891 und Ertheilung der Decharge für den Vorstand.
3. Wahl eines Mitgliedes des Vorstandes und eines Mitgliedes des Aufsichtsrathes.

Der Zutritt zu dieser Versammlung ist nur Vereinsmitgliedern gestattet, welche sich als solche auf Verlangen zu legitimiren haben.  
Die Aufstellung der Bilanz, sowie des Gewinn- und Verlust-Contos ist von heute ab in unserm Contor einzusehen.  
Stettin, den 3. März 1892.

Der Vorstand.

A. Leese, Ehrlich, Schwedler, Noack, Georgi.

**Verein ehem. Otto-Schüler.**  
Sente, Sonnabend, den 5. März, Abends 9 Uhr, im  
Victoria-Hotel:

**„Herren-Abend“.**

Der Vorstand.

**Stettin-Pölitz.**

am **Sonnabend, d. 5. März d. J.**

**Extrafahrten nach Pölitz.**

Von **Stettin 5 1/2 Uhr** Abends.

Die Touren  
11 1/2 Meilen von Pölitz und  
5 1/2 Meilen von Stettin  
haben an den Wochentagen der Eisenbahnlinie halber  
eingestellt werden müssen.

Oscar Henckel.

In einer Kreisstadt Pommerns ist eine im besten  
Betriebe befindliche

**Färberei nebst Ladengeschäft**  
sehr preiswerth zu verkaufen oder zu verpachten.  
Offerten unter **M. H. N. 3009** an die Exped.  
d. Bl. Kirchplatz 3.

# Geschäfts-Eröffnung

der **Wiener Schuh- und Stiefel-Niederlage**

von

**Carl Benda & Co.**

**Stettin, Königsthor-Passage 2.**

Wir beehren uns hierdurch anzuzeigen, daß wir mit dem heutigen Tage eine  
**Verkaufs-Niederlage unserer Wiener Schuh- und Stiefel-Fabrikate**  
unter obiger Firma eröffnet haben.

Unsere preisgekrönten Schuhwaaren sind Handwerks-Erzeugnisse ersten Ranges,  
welche an Solidität, Eleganz und Preiswürdigkeit noch unübertroffen sind. Wir werden stets ein  
reichsortirtes Lager vom einfachsten bis zum elegantesten Stiefel unterhalten, wodurch wir in der  
Lage sind, auch dem verwöhntesten Geschmack Rechnung zu tragen. Indem wir hoffen, allseitige  
Anerkennung zu finden, empfehlen wir uns

Mit aller Hochachtung

**Carl Benda & Comp.**



Neu angekommen: Die Mädchenmörder, Schneiderschen Eheleute aus Wien, sowie die 18jährige Mörderin Augusta Nachus, lebensgroß.